Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Haben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 60 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 266 | Dresden, Mittwoch den 14. November 1928 | 39. Jahrg.

Der Untergang der Vestris

SPD. Die aus 338 Personen bestehende Besatzung des zwischen den Bermudasinseln und der virginischen Küste untergegangenen englischen Dampfers „Vestris", die sich auf Rettungsboote und auf ein Floß begeben hatte, ist am Dienstag zum größten Teil von verschiedenen Dampfern gerettet worden; es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, auch das letzte der ausgesetzten Rettungsboote, auf dem sich ungefähr 20 Schiffbrüchige befinden, zu bergen.

Das Unglücksschiff ist Eigentum der Reederei Lamport u. Holt in Liverpool; es hatte 129 Fahrgäste und 209 Mann Besatzung an Bord. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von Neuyork nach Barbados. Am Montag morgen um 10 Uhr wurden die ersten Notrufe des Schiffes aufgefangen. Der Dampfer befand sich um diese Zeit ungefähr 37.19 Grad nördlicher Breite und 70.38 Grad westlicher Länge. 16 Schiffe hatten auf die SOS.-Rufe des Vestris an die gemeldete Unglücksstelle. Die ersten Funkberichte des Vestris sprachen von einer großen Gefahr, waren aber noch verhältnismäßig ruhig. Bald folgten dringende drahtlose Notrufe: „Bitte, kommt sofort! Wir brauchen unverzüglich Beistand, müssen mehr Rettungsboote herablassen."

Eine Erklärung für die Ursache der Katastrophe wurde nicht gegeben. Anderthalb Stunden nach dem ersten Funkspruch wurde folgende Meldung aufgefangen: „Bei solcher Gelegenheit soll der Teufel funken!" Das Schiff lag um diese Zeit bereits 30 Grad über, die Wellen überfluteten das Promenadendeck. Die Marinestation an der Küste bat den Funker, drei Minuten lang zu senden, damit sie die Peilung aufnehmen könnte. Um 1.23 Uhr kam die drahtlose Antwort von dem Vestris, daß die Hilfe zu spät komme, die Besatzung könne nicht warten und müsse das Schiff verlassen. Die letzte Meldung, die nur noch von den in nächster Nähe des Unglücksortes befindlichen Schiffen gehört werden konnte, lautete: „Verlassen Schiff, einholen Rettungsboote." Das Wasser war innerhalb vier Stunden mit rasender Geschwindigkeit im Schiff eingedrungen, so daß sich die Passagiere an der Reeling des hinteren Schiffsteiles festklammern mußten. Es scheint immer unterbrochen.

Die an die Unglücksstelle geeilten Dampfer konnten infolge der Dunkelheit zunächst die Rettungsboote des Vestris nicht auffinden. Das überaus stürmische Wetter erschwerte die Rettungsarbeiten. Die Scheinwerfer konnten infolge der dichtigen Luft nur die nähere Umgebung ableuchten. Als die See in der Nacht ruhiger wurde, konnten die ersten Rettungsboote, die die ganze Nacht über auf den tobenden Wellen umhergetrieben waren, geborgen werden. Die ersten Schiffbrüchigen wurden von dem amerikanischen Dampfer „American Shipper" in völlig erschöpftem Zustande aufgefunden. Unter den Geretteten befindet sich auch der Kapitän des Schiffes.

Die Ursache des Unglückes ist noch völlig unbekannt. In den ersten Funksprüchen hieß es, daß das Schiff sich plötzlich auf die Seite neigte. Man vermutet, daß der Dampfer irgendwo ein großes Leck bekommen hatte. Die Reederei hat das Gerücht, wonach sich die Ladung des Schiffes infolge des hohen Seeganges verschoben habe, als unwahrscheinlich zurückgewiesen.

•

145 Vermißte?

Berlin, 14. November. (Eig. Funkspruch.) Die Berichte über die Schiffskatastrophe sind noch immer widersprechend. Nach den letzten Nachrichten scheinen insgesamt 205 Passagiere und Mannschaften des englischen Dampfers Vestris gerettet zu sein. 21 hat der deutsche Dampfer Berlin, 128 der amerikanische Frachtdampfer American Shipper aufgenommen. Da der Vestris 360 Personen an Bord hatte, gelten vorläufig 145 Personen als vermißt. 16 Schiffe aller Nationalitäten kreuzen an der Unglücksstelle, ohne bisher weitere Boote zu entdecken. Der Dampfer Wyoming meldet, daß er Teile des Wracks des Vestris gefunden und fünf Personen aus dem Wasser aufgefischt habe. Ob diese fünf in der Zahl der 205 Geretteten enthalten sind, steht noch nicht fest.

Der Schiffbrüchigen wurden im Zustande äußerster Erschöpfung von den Rettungsschiffen an Bord genommen, die man so geschwächt, daß sie nicht allein das Fallreep hinaufsteigen konnten. Auf Deck angekommen, fielen viele ohnmächtig zusammen und Frauen brachen in hysterische Krämpfe aus. Keiner von ihnen war in der Lage, einen zusammenhängenden Bericht über die letzten Ereignisse an Bord des untergegangenen Schiffes zu geben.

Bayerns Verschuldung. Mit einem Defizit von 44 Millionen im ordentlichen Haushalt legte der bayerische Finanzminister dem Landtag, der am Dienstag zu seiner Winterarbeit zusammentrat, den Etat für 1929 vor. Die gesamten Haushaltsausgaben des Freistaates Bayern seit Inflationsende sind damit um das jetzigen Defizitvoranschlags auf rund 143 Millionen angewachsen, wobei der für das laufende Etatsjahr 1928 auf 14 Millionen geschätzt ist. Die gesamten Staatsschulden betrugen nach dem Stande von Anfang Oktober d. J. 1.628.798 Mark.

Verschärfung der Panzerkreuzerfrage

Groeners Überschreitungen — Der mobilisierte Hindenburg

Der Soz. Pressedienst schreibt: Der augenblicklich im Reichstag geführten Debatte über den großen Kampf im Ruhrgebiet sollte anfänglich eine außenpolitische Aussprache folgen. Inzwischen ist aber eine völlige Aenderung der innerpolitischen Lage eingetreten. Es besteht jetzt kein Zweifel mehr, daß bereits am Donnerstag oder am Freitag dieser Woche der Panzerkreuzerantrag der Sozialdemokratie zur Verhandlung kommen wird. Die Hauptursache für diese beschleunigte Erledigung der Panzerkreuzerfrage liegt darin, daß bei allen Fraktionen das Bedürfnis besteht, zuerst hierüber Klarheit zu schaffen, bevor an die Erledigung der andern wichtigen politischen Probleme, vor allem die Befestigung der Reichsregierung, herangegangen wird.

Im einzelnen stellt sich die politische Situation wie folgt dar: Bei den bürgerlichen Parteien werden die äußersten Anstrengungen gemacht, den Panzerkreuzerantrag der Sozialdemokratie zu Fall zu bringen. Dabei ist es dort sehr wohl bekannt, daß sowohl bei der Wirtschaftspartei als auch innerhalb der Zentrumspartei große Sympathie mit dem sozialdemokratischen Antrag besteht und daß Abgeordnete dieser Parteien sich der Abstimmung enthalten oder dafür stimmen wollen. Das ist wohl auch der Grund, daß der Reichswehrminister Groener mit den äußersten Mitteln, u. a. mit der Drohung des Rücktritts, für die Durchführung des Panzerkreuzerbaues arbeitet. Er hat mehreren Parteiführern gegenüber erklärt, daß er aus Prestigegründen unbedingt am Bau des Panzerkreuzers festhalte. Allerdings will er auch sachliche Gründe für diese hartnäckige Vertretung seines Standpunktes haben.

Der Reichswehrminister hat sich nicht auf diese persönliche Beeinflussung beschränkt, sondern auch eine Denkschrift verfaßt, die dem Reichspräsidenten und den Mitgliedern des Kabinetts überreicht worden ist. Man erfährt daraus die überraschende Tatsache, daß vom Reichswehrminister schon Bestellungen im Betrage von 32 Millionen Mark aufgegeben und daß von den bewilligten 9 Millionen sogar schon 6 Millionen in bar als erste Rate bezahlt worden sind. Das Reichswehrministerium behauptet, daß es nach der Haushaltordnung rechtlich dazu berechtigt gewesen sei. Das ist keineswegs unbestritten. Aber selbst wenn man die Auffassung des Reichswehrministeriums als richtig unterstellen will, so bedeutet es doch eine politische Illoyalität, vor der Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag Aufträge für den Bau des Panzerkreuzers in so erheblichem Umfange zu vergeben und damit die politische Lage außerordentlich zu verschärfen.

Nun hat der Reichswehrminister mit seiner Rücktrittsdrohung anscheinend auch eine Aenderung der Stimmung des Reichspräsidenten herbeiführen wollen. Aus Hindenburgs nächster Umgebung ist bisher dauernd versichert worden, der Reichspräsident nehme kein besonderes Interesse am Bau des Panzerschiffes. Jetzt scheint Hindenburg mehr als früher geneigt zu sein, Herrn Groener in seinem Widerstand gegen den sozialdemokratischen Panzerkreuzerantrag zu unterstützen. Darauf gehen auch die Nachrichten zurück, daß der Reichspräsident sich mit dem Reichswehrminister solidarisch erklärt habe und daß er die politischen Folgerungen ziehen wolle, wenn der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eine Mehrheit fände. Man muß nun damit rechnen, daß die bürgerlichen Parteien den größtmöglichen Druck ausüben werden, um alle ihre Mitglieder bei der Stange zu halten.

Sollte der Reichswehrminister bei der Annahme des sozialdemokratischen Antrags seinen Rücktritt vollziehen, so würde sich möglicherweise daraus eine allgemeine Regierungskrise entwickeln. Ob sich daran auch eine Krise im Reichspräsidium anschließt, ist durchaus noch nicht sicher. Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Frage des Panzerkreuzers wird sich dadurch in keiner Weise verändern.

Zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und den vier sozialdemokratischen Ministern in der Reichsregierung herrscht vollkommene Uebereinstimmung. Der Weg der Sozialdemokratie ist durch ihren Antrag vorgezeichnet, der die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A verlangt. Diesen Weg wird die Sozialdemokratische Partei weitergehen. Es scheint, als ob man in gewissen Kreisen die Hoffnung hegt, daß die sozialdemokratischen Minister sich von ihrer Fraktion trennen würden. Die Abstimmung im Reichstag über den sozialdemokratischen Panzerkreuzerantrag wird mit der größtmöglichen Deutlichkeit ergeben, daß diese Hoffnung trügerisch ist. Die sozialdemokratischen Minister werden mit der Fraktion stimmen.

Auf jeden Fall hat sich, wie sich aus unsern Darlegungen ergibt, die politische Situation außerordentlich zugespitzt. Wenn die bürgerlichen Parteien den Panzerkreuzer zu einer Wahlparole machen wollen, sei es um den Präsidentenposten, sei es um den Reichstag: die Sozialdemokratische Partei ist auch dazu bereit!

•

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichskanzler zu einer Besprechung über die politische Lage.

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Rund 800 000 Unterstützte

D. **Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit tritt jetzt in der Statistik der unterstützten Arbeitslosen bereits deutlich in Erscheinung. In der Zeit vom 15. bis zum 31. Oktober ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 593 600 auf 671 000, das ist um 77 400 oder um 13 v. H. gestiegen. Die Zunahme ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern mit 16 v. H. bedeutend stärker als bei den weiblichen (4,3 v. H.), die in der Berichtszeit zum ersten Male seit Ende Juni eine Steigerung erfahren haben.**

Demgegenüber ist in der Krisenunterstützung die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur unerheblich (von rund 89 700 auf 93 000 oder um 3,6 v. H.) gestiegen. Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 v. H., bei den Frauen 2,7 v. H.

•

Die beachtliche Steigerung der Arbeitslosenziffer in der Zeit vom 15. bis zum 31. Oktober hält sich, was nicht übersehen werden darf, noch durchaus im Rahmen des Vorjahres. Sie erklärt sich in erster Linie durch den Rückgang der Saisonarbeit, wie aus dem Anstieg der Arbeitslosenziffer in den agrarischen Gebieten deutlich zu erkennen ist. In den vorliegenden Ziffern drückt sich noch keinerlei Wirkung der Aussperrung in der Metallindustrie des Westens aus. Auch der Anstieg der Arbeitslosenziffer in der ersten Novemberwoche ist im wesentlichen noch durch die Saison begründet. Erst in diesen Tagen machen sich die Folgen der Aussperrung für den Arbeitsmarkt bemerkbar. So zeigt sich eine auffallende Zurückhaltung **im Weihnachtsgeschäft und damit ein Stillstand in** der Anforderung von Aushilfskräften, die sonst im November und Dezember immer eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes brachte. **Wenn die Aussperrung nicht sofort beendet wird, ist das Weihnachtsgeschäft pleite;** denn bis die Eisenindustrie im Westen wieder voll im Gange ist, vergehen immer noch mindestens drei bis vier Wochen, und die Kaufkraft der von der Aussperrung unmittelbar und mittelbar betroffenen Bevölkerung ist trotz der Unterstützung bereits bedenklich geschwächt.

Im Gegensatz zur Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Krisenunterstützten nur ganz gering zugenommen. Eine Erklärung hierfür ist schwierig. Vielleicht liegt sie darin, daß die meisten Saisonarbeiter, die jetzt zur Entlassung kommen, ihre Anwartschaft auf die Unterstützung in der Versicherung erworben haben und also zunächst für die Krisenunterstützung nicht in Frage kommen.

Allgemein kann festgestellt werden, daß trotz dem Anstieg der Arbeitslosenziffer, der sich in den nächsten Wochen in verschärftem Tempo fortsetzen wird, **von einer ernsten Bedrohung der Wirtschaftslage nicht gesprochen werden kann.** Das muß mit besonderem Nachdruck gegenüber **dem ewigen Gerede der Unternehmerpresse über Gefährdung der Konjunktur durch die Lohnbewegungen** hervorgehoben werden. Wohl haben wir zur Zeit 250 000 Unterstützte mehr in der Arbeitslosenversicherung als im Vorjahre, aber diese Zahl besagt sehr wenig für den Beschäftigungsgrad, da jetzt die letzten starken Vorkriegsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt strömen und die Sterblichkeit nachgelassen hat. Schließlich — darauf muß immer wieder hingewiesen werden — haben wir in diesem Jahre eine beträchtliche Stärkung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch den guten Ernteausfall.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19281114/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG